

Wir in Lichterfelde-West

SPD

Informationsblatt der SPD-Abteilung Lichterfelde-West - Ausgabe Sommer 2006

BND-Entscheidung schadet Lichterfelde

Auf Druck der CSU hat der Bund entschieden, nicht alle Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) aus Bayern in die neue BND-Zentrale in Berlin-Mitte umziehen zu lassen. Stattdessen wird das teure neue Gebäude nur durch die Verlagerung der in Lichterfelde (Gardeschützenweg) angesiedelten Außenstelle „gefüllt“ werden können.

Für den Einzelhandel und andere kleine Betriebe in Lichterfelde ist diese Entscheidung eine große Bedrohung. Über 1.000 Arbeitsplätze und damit Kunden fallen weg. Immerhin will sich der Bund dazu verpflichten, ein Nachnutzungskonzept für den Gebäudekomplex am Gardeschützenweg zu entwickeln. Wir werden darauf drängen, dass eine andere Bundesbehörde hierher kommt.

Aber auch für den BND ist die Entscheidung enttäuschend, die die CSU-Lobby durchgesetzt hat. Wer die Situation der zwischen Bonn und Berlin zweigeteilten Ministerien kennt, der weiß, dass es teuer und ineffizient ist, eine Bundesbehörde auf zwei 600 Kilometer entfernte Standorte zu verteilen. Auch die mehr als 60 Mio. Euro für den

Umbau des Außenstandorts Lichterfelde sind verloren. Die Entscheidung ist unsinnig.

Ursprüngliche Pläne des damaligen SPD-Innenministers Schily aus dem Jahr 2003 sahen vor, dass der BND komplett nach Berlin verlegt wird. Nachdem sich die CSU-Spitze allerdings vehement gegen eine vollständige Verlagerung gesperrt hatte, handelten Kanzleramtschef Thomas de Maiziere (CDU) und CSU-Chef Edmund Stoiber jetzt eine „Kompromisslösung“ aus. Ein fauler Kompromiss!

Berlin kann nicht auf Wohlwollen unionsregierter Länder hoffen

Keine Sorge – im bevorstehenden Wahlkampf zur Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahl am 17. September werden wir vorwiegend über das sprechen, was der SPD-geführte Senat für Berlin geleistet hat und in den nächsten fünf Jahren leisten wird (Nehmen Sie uns beim Wort: Argumente zur Berlinwahl unter www.Martin-Matz.de). Aber hier muss einmal über die CDU gesprochen werden: Sie versucht, den Berlinerinnen und Berlinern einzureden, mit der Hilfe der CDU könne man mehr bei anderen Bundesländern für Berlin herausholen. Das Beispiel BND zeigt, dass das nicht stimmt. Die CDU- und CSU-regierten Länder werden Berlin nichts freiwillig geben. Wir müssen für Berlin kämpfen, vor dem Bundesverfassungsgericht und anderswo.



Martin Matz ist Ihr Kandidat für das Abgeordnetenhaus am 17. September 2006.

Guten Tag!

In Lichterfelde fühlt man sich wohl. Wir wollen dabei helfen, dass das so bleibt. Die SPD in Lichterfelde-West kümmert sich um die Themen in unserem Stadtteil.

Gleichzeitig sind wir eine Gliederung der SPD und diskutieren auch über landes- und bundespolitische Themen. Diskutieren Sie mit - ob Sie SPD-Mitglied sind oder nicht.

Wir haben mehr als 330 Mitglieder, jüngere und ältere Lichterfelder aus den unterschiedlichsten Berufen, Frauen und Männer, die eines miteinander verbindet: Sie sind überzeugt, dass eine Politik, die den Prinzipien der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit verpflichtet ist, das Beste für die Menschen ist.

Unsere Mitglieder und Gäste finden auf unserem Internetauftritt www.spd-lichterfelde.de stets Aktuelles und anstehende Termine.

Bis bald!

Ihre Vorsitzende der SPD in Lichterfelde-West

Jutta Hertlein



Stammtische Sommer 2006

In lockerer Runde treffen wir uns zum Stammtisch. Eingeladen sind alle Genossinnen und Genossen sowie interessierte Gäste. Jeweils um 20:00 im Drake-Eck (Drake-Ecke Ringstraße).

Dienstag, den 25. Juli

Donnerstag, den 24. August

Donnerstag, den 28. September

Dienstag, den 24. Oktober

Straßenausbaubeitrags-Gesetz: Betrifft mich das?

Sie leben in einem Einfamilienhausgebiet, beispielsweise in Lichterfelde? Sie haben gehört, dass die CDU dem Senat vorwirft, mit dem Entwurf eines Straßenausbaubeitrags-Gesetzes Anlieger künftig finanziell beim Ausbau ihrer Straße mit heranzuziehen? Ihr Abgeordneter Martin Matz informiert:

In 14 der 16 Bundesländer, nämlich überall außer in Berlin und Baden-Württemberg, müssen sich die Anwohner an Straßenausbaukosten beteiligen - deshalb wurde bereits Mitte der 90er Jahre ein entsprechendes Gesetz für Berlin von CDU-Senator Klemann geplant. Erst jetzt wird über eine Umsetzung seines Plans gesprochen.

Es geht nicht um Reparaturen und Ausbesserungen („Schlaglöcher“, laufende Instandhaltung), sondern nur um wirklichen Straßenausbau oder Straßenbefestigung.

Bevor ein Straßenausbau durchgeführt wird, werden die Anwohner beteiligt und können dadurch die umlagefähigen Kosten drücken. Unnötig teurer Luxus ist zu vermeiden.

Je nach Straßenkategorie ist sichergestellt, dass zwischen 30 % und 75 % nicht von den Anliegern, sondern weiterhin von allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern getragen werden müssen. Niemand muss also „seine Straße alleine bezahlen“.

Eine Umlage auf Mieterinnen und Mieter mit der Nebenkostenabrechnung ist unzulässig, Beiträge werden ebenfalls nicht von Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern bezahlt.

Niemand darf rückwirkend für bereits durchgeführte oder laufende Ausbaumaßnahmen (wie etwa in der Ringstraße in Lichterfelde) herangezogen werden. Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen („Härtefälle“) kann der Beitrag gestundet oder sogar ganz erlassen werden.

Weitere Informationen über den aktuellen Stand des Gesetzes und die Auswirkungen bekommen Sie bei Ihrem Abgeordneten Martin Matz (www.martin-matz.de) oder auf www.spd-lichterfelde-west.de

Wir im Internet

www.spd-lichterfelde-west.de

www.martin-matz.de

Terminübersicht Sommer / Herbst 2006

Juli	Auswertung der Wahl mit unserem Direktkandidaten Martin Matz
Di, 25.07.2006 20:00 Uhr Stammtisch im Drake-Eck (Ringstr. / Drakestr)	Do, 28.09.2006 20:00 Uhr Stammtisch im Drake-Eck (Ringstr. / Drakestr)
August	Oktober
Sa, 19.08.2006 SPD-Sommerfest rund ums Rathaus Schöneberg	Di, 17.10.2006 20:00 Uhr Mitgliederversammlung „Rechtsextremismus“ im Naturfreunde-Haus Ringstr. 76
Do, 24.08.2006 20:00 Uhr Stammtisch im Drake-Eck (Ringstr. / Drakestr)	Auf unserer Mitgliederversammlung wollen wir uns mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen. Schwerpunkt werden hier Schule und Jugendhilfe sein.
September	Di, 24.10.2006 20:00 Uhr Stammtisch im Drake-Eck (Ringstr. / Drakestr)
So, 17.09.2006 Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und der Bezirksverordnetenversammlungen	
Do, 21.09.2006 20:00 Uhr Mitgliederversammlung zur Wahlauswertung im Naturfreunde-Haus Ringstr. 76	

Impressum und Kontakt

Herausgeberin ist die Abteilung Lichterfelde-West der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. ViSdP: Martin Matz, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchner Straße 5, 10111 Berlin

Sie erreichen uns über das Kreisbüro (Tel. 76 67 98 54) oder über www.spd-lichterfelde-west.de oder per E-Mail an info@spd-lichterfelde-west.de

Kommunales Wahlprogramm erschienen

Das von der SPD Steglitz-Zehlendorf beschlossene Wahlprogramm ist nun erhältlich.

In dem 24-Seitigen Programm „Ein starker Bezirk in einem sozialen Berlin“ werden in sechs Kapiteln unsere Ziele für die Bezirkspolitik 2006-2011 vorgestellt.

Sie finden das Programm auf www.spd-lichterfelde-west.de oder können es im Kreisbüro anfordern: SPD Steglitz-Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249 Berlin, Tel. 76 67 98 54

Informationen zur Wahl

Am 17. September 2006 wählen gehen – Sie haben drei Stimmen!

Die Erststimme

Mit Ihrer Erststimme wählen Sie Ihren Wahlkreisabgeordneten. In Lichterfelde-West und Zehlendorf-Süd ist dies Martin Matz für die SPD.

Die Zweitstimme

Mit der Zweitstimme entscheiden Sie über die Mehrheiten im Berliner Abgeordnetenhaus (Anzahl der Sitze je Partei). Es ist Ihre wichtige Parteienstimme. Jede Zweitstimme für die SPD ist eine Stimme für einen Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit.

Mitbestimmung schon ab 16:

Die Bezirksstimme

Unabhängig von den beiden anderen Stimmen geht es bei der Bezirksstimme allein um die Zusammensetzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), dem Parlament Ihres Wohnbezirks. Zur BVV-Wahl 2006 sind zum ersten Mal schon die 16- und 17-Jährigen wahlberechtigt. Auch nichtdeutsche EU-Bürgerinnen und -Bürger können ihre Stimme für die Bezirksverordnetenversammlung abgeben.

Briefwahl und Vorab-Wahl

Sie haben am 17. September keine Zeit? Sie können Ihre drei Stimmen schon vor dem Wahltag abgeben: per Briefwahl. Sobald Sie Ihre weiße Wahlbenachrichtigungskarte erhalten haben, können Sie mit dieser Karte Briefwahl beantragen. Die Wahlunterlagen erhalten Sie dann per Post. Sie können auch vorab im Wahlamt in der Schloßstraße wählen gehen.